

Er scheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
Für ganz Deutschland 1 M. 50 Pf. pro  
Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Südlichen Sachsen und Herzogth. Sachsen-  
Weimar auch auf den 1ten Monat  
des Quartals à 54 Pf.  
Inserate  
letz. Bekanntmachungen dr. Zeitungs 10 Pf.,  
letz. Privatangelegenheiten und Briefe pro  
Zeitsp. 50 Pf.

# Vorwärts

Belegungen  
erhalten an alle Postämtern und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.  
Hilfs-Expeditoren.  
New-York: Soc. demokr. Genossen-  
schaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.  
Philadelphia: E. Dell, 630 North  
3rd Street.  
S. Wash. 1129 Charlotte Str.  
Boston N. J.: R. A. Sorge, 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: A. Langemann, 74 Clybourn Ave.  
San Francisco: S. Eng, 418 O'Farrell Str.  
London W.: G. Henje, 8 New Tr.  
Golden Square.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 99.

Freitag, 23. August.

1878.

### Die Wahlen

Sind nun vorüber, und nachdem wir schon auf die Schlacht des 30. Juli mit Genugthuung zurückblicken konnten, ist das Resultat der Kämpfe bei den Stichwahlen geeignet, uns mit höchster Zufriedenheit zu erfüllen. Sie brachten uns sieben Siege, so daß die Zahl der Sitze, welche die Sozialdemokratie im Reichstag einnimmt, von 2 auf 9 gestiegen ist. Sachsen hat sich abermals bewährt, und für das „sächsische Manchester“, Chemnitz, das wir am 30. Juli verloren, ist als doppelter Ersatz der Chemnitzer Landkreis (Zimbach-Wittweida) und das „rheinpreussische Manchester“ Barmen-Elberfeld zurückerobert worden. In Berlin, der „Reichshauptstadt“, ist der Versuch der vereinigten Reaktionsparteien, unsere „Hochburg“ zu stürmen, nach heißem Ringen zu Schanden gemacht, und in Breslau, der „zweiten Hauptstadt Preußens“, das Banner der Sozialdemokratie aufgepflanzt worden.

Nirgendes Rückgang. Ueberall Fortschritt. Und charakteristisch — gerade nach Bekanntwerden des famosen Ausnahmegesetzes drängte sich für uns Sieg an Sieg: Frißsche, Wiemer, Kayser, Bahleisch — Schlag auf Schlag folgten die Proteste des Volks; fest und bestimmt hat dasselbe seine Antwort gegeben auf die Herausforderung der Reaktion.

Wird diese die Aktion verstehen? Wir müßten unsere Pappenheimer nicht kennen, wollten wir an die Möglichkeit glauben. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen; und, unbelehrt durch die klägliche Niederlage, die sie sich im „schwarzen Kulturkampf“ geholt, stürzen sie „heiteren Sinns“, wie weiland Herr Olivier, 1870er Angebenens, in den „rothen Kulturkampf“. Natürlich um die nämlichen Erfahrungen zu machen.

Noch deutlicher als an dem Hauptwahltag ist es bei den Stichwahlen zu Tage getreten, daß das Kleinbürgerthum keine Lust mehr hat, das Stimmvieh der „liberalen“ Partei zu bilden. Nur zu lange hat es an die liberalen Phrasen geglaubt und ist betrogen worden. Immer mehr begreift das Kleinbürgerthum, daß der Liberalismus der politische Ausdruck des Kapitalismus, und demnach naturgemäß der Todfeind des Kleinbürgerthums und Kleinbauerthums ist. Und die Folge dieser Erkenntnis ist die Bekehrung zur Sozialdemokratie.

In solchen katholischen Gegenden, wo die Sozialdemokratie noch keine kräftigen Wurzeln geschlagen hat, wendet das Kleinbürgerthum sich der Centrumspartei zu, die ja stark in sozialer Frage macht. Nun — das ist nur für kurze Zeit. Die demokratische und sozialistische Erbschaft des Ultramontanismus tritt, sobald derselbe nach beendigtem Kulturkampf liquidieren muß, die Sozialdemokratie an.

Jedenfalls hat die Reichstagswahl des Jahres 1878 den Bankrott des deutschen Liberalismus zum Ausdruck gebracht.

Wir werden dies des Näheren nachweisen, wenn wir im Besitz einer vollständigen Tabelle der neugewählten Abgeordneten sind. Einstweilen begnügen wir uns, die Thatsache zu constatiren:

Der Liberalismus, welcher im Dienste der Reaktion und todtbehen wollte, pfeift auf dem letzten Loch und die Sozialdemokratie, gegen die sich Alles verbündet und verschworen hat, steht stolz und siegestark da, und lächelnd erinnert sie die Feinde an das gute Sprüchlein des nach Canossa wandernden Junkers Bismarck:

Das Wegekraut sollst lassen stahn,  
Behüt' Dich, Jung, sind Kesseln dran!

### Der Gesetzentwurf gegen die Sozialdemokratie.

I.

§ 1 lautet:

„Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Klassen.“

Wir haben schon in voriger Nummer unseres Blattes betont, daß man seitens der preussischen Regierung wenig Gewicht auf die Bedeutung der Worte: „sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen“ legt, daß man vielmehr bei Verfassung des Gesetzentwurfs von der Voraussetzung ausgegangen ist, jede auf „Untergrabung“ der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebung unter das Verbot zu bringen.

Nehmen wir einen Verein an, der lediglich die Ausbreitung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auf die Einzelstaaten und die Gemeinden bezweckt, so wird derselbe aufgelöst werden, weil eine sozialdemokratische Forderung vorliegt, die aber auch der fortschrittliche Liberalismus anstrebt. Daß durch diese Forderung die bestehende Staatsordnung z. B. in Preußen, die auf dem Dreiklassenwahlrecht basiert, untergraben wird, liegt ja auf der Hand.

Die Erringung eines Normalarbeitstags ist eine sozialdemokratische Bestrebung, die aber zugleich auch von vielen Conservativen getheilt wird. Sollte nun ein Verein sich bilden zur Erringung eines Normalarbeitstags, so liegt es auf der Hand, daß er verboten wird, weil derselbe die bestehenden Gesellschaftsbeziehungen, welche eine schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft zulassen, untergräbt. Ob die Leiter eines solchen Vereins bekannte Sozialisten sind, oder ob sich irgend ein conservativer Grundbesitzer an die Spitze der Vereinigung stellt, das wird die zugreifende Polizei nicht besonders irre machen. Ist der Verein in einer vorwiegend conservativen Stadt gegründet worden, so wird man unter Umständen der Sache ihren Lauf lassen, regieren aber in der Stadt liberale Stadträthe, so wird

man auch dem conservativen Agitator für einen Normalarbeitstag zu Leibe gehen.

Die Polizeivillkür muß durch das geplante Gesetz zur größten Blüthe gelangen. — — —

Daß man auch die genossenschaftlichen Klassen mit dem Verbot bedroht, ist geradezu ein Eingriff in das Privateigenthum. Eine Produktivgenossenschaft zum Beispiel, die lediglich aus Sozialdemokraten besteht, macht es sich zur Aufgabe, die Idee der Produktivgenossenschaften in immer weitere Kreise zu verbreiten. Die Errichtung von Produktivgenossenschaften — mit oder ohne Staatshilfe — ist aber eine sozialistische Bestrebung; daß die bestehende Gesellschaftsordnung aber durch die Produktivgenossenschaften untergraben wird, das leugnet Niemand — also flott verboten, Eigenthum confiscirt.

Wer also zerstört das Eigenthum? Die Antwort mögen die Herren erteilen, welche den vorliegenden Gesetzentwurf verfaßt oder den Auftrag zur Abfassung desselben gegeben haben.

In jeder Pflanz-, jeder Kranken-, jeder Unterhaltungs-Kasse aber kann man sozialistische Bestrebungen wittern; diese Klassen sind auch auf Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtet, da sie die Ausbeutung der Arbeitskraft wenigstens etwas zügeln. Die Polizei greift mit rauher Hand hinein und zerstört das sauer zusammengesparte Privateigenthum und confiscirt es für den Staat, macht also Staats- oder Gemeindegigenthum aus demselben. Ueber solche Ironie möchte man hell auflachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre, wenn man nicht mit Scham und Jörn an die Schande dächte, die dem deutschen Volke allein schon durch die Vorlage eines solchen Gesetzentwurfs bereitet wird.

Das Gränderthum ist eine bestehende Gesellschaftsordnung, die Bekämpfung desselben aber eine sozialistische Bestrebung. Also: Es leben die Gränder! Nieder mit den Sozialdemokraten!

Eine bestehende Gesellschaftsordnung in des Wortes vollster Bedeutung aber ist ferner die Prostitution. Die Sozialdemokratie besonders macht es sich zur Aufgabe, diese bestehende Gesellschaftsordnung zu untergraben; wir haben es also mit sozialdemokratischen Bestrebungen zu thun. Jeder Polizeibeamte also kann einen Verein verbieten, der wider die Prostitution ankämpft, er wird es thun, wenn ein bekannter Sozialdemokrat in einem solchen Verein ist oder wenn er selbst vielleicht Interesse an einem oder dem andern Opfer der Prostitution hat.

So führt uns der vorliegende Gesetzentwurf — und man muß noch dabei berücksichtigen, daß jedes Gesetz Mißverständnissen und Mißbräuchen seitens der Polizeibehörde unterliegt — in einen wahren Wirrwarr von Widersprüchen und thatsächlichen Unsinnsigkeiten. — — —

Führen wir nun unseren Lesern noch die beiden §§ 9 und 10 vor, die also lauten:

§ 9. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten; Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt. Rußändig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde; gegen die Anordnung derselben findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 10. Druckschriften, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

Also Alles, was wir über das Verbot von Vereinen gesagt haben, bezieht sich auch auf Versammlungen, Druckschriften und Zeitungen.

Hierbei aber sind noch zwei Fragen anzuregen. Ist eine Wahlversammlung, welche sich lediglich mit Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten beschäftigt, nach vorliegendem Gesetzentwurf zu verbieten? Unseres Erachtens: ja! Die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten ist eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebung. Danach können alle sozialistischen Wählerversammlungen, Wahlflugblätter und selbst die Stimmzettel für den sozialistischen Kandidaten verboten oder confiscirt werden. Die Reichsverfassung allerdings erhält dadurch eine recht derbe Ohrfeige.

Dann fällt uns ein, daß bei den Preßordnungen in Preußen 1863 ein Blatt nur verboten werden konnte nach zweimaliger Verwarnung. Auch diese Vorbeugungsmaßregel hält man jetzt für überflüssig. Die Polizei verbietet das Blatt, ehe es einmal zur Bestimmung gekommen ist, wann und wie es gefährdet hat.

Das ist so recht nach dem Herzen des preussischen Landraths, der sicherlich den liberalen Blättern gegenüber von seiner Machtbefugniß den ausgiebigsten Gebrauch machen würde. — — —

In unserm nächsten Artikel werden wir die Recursinstanz gegen die Verfügungen der Polizeibehörde, das famose „Reichsamt für Vereinswesen und Presse“ beleuchten.

### Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmengesetz.

Natürlich können wir hier nur Aussprüche unabhängiger Organe citiren. Daß die Reptilblätter das Regierungsopus des Fürsten Bismarck loben, versteht sich von selbst, dafür sind sie ja bezahlt. Ebenso selbstverständlich ist die Haltung derjenigen nationalliberalen Zeitungen, einschließend der „Nationalliberalen Correspondenz“, welche nach der Reichstagsauflösung dem „Liberalismus“ auch in der bisherigen nationalliberalen Verbannung Valet gesagt und sich zur „Partei Bismarck sans

phrase“ bekannt haben. Von den „Treugebliebenen“, das heißt den Herren Lascker, Bennigsen, Jordanbeck und noch mythischem Gefolge liegt noch keine authentische Meinungsäußerung vor. Die „Autographirte Correspondenz“, der Moniteur dieses linken „linken Flügels“ der Nationalliberalen, hat zwar schon einen Artikel gebracht, in welchem sie den Entwurf für distabel erklärt, aber der Artikel ist bereits im Auftrage des Hrn. Lascker, der sich im Bade befindet, desavouirt worden. Dies vorausgeschickt, lassen wir die beachtenswerthen Stimmen der Presse im Auszug folgen.

Die conservative „Dressener Correspondenz“ schreibt: „Was das Sozialistengesetz betrifft, so besagt dasselbe im Allgemeinen so viel, als daß die Sozialdemokratie überhaupt bei Strafe verboten wird. Ob sich das so wird durchführen lassen, wird die Erfahrung allerdings lehren. Es dürfte unter allen Umständen ein Irrthum sein, wenn man annimmt, die Sozialdemokratie von heute sei nur ein künstliches Produkt agitatorischer Verhegung der Massen und werde verschwinden, sobald diese Verhegung aufhöre. Allem Anscheine nach geht der Gesetzentwurf jedoch von dieser Annahme aus. Ist man dagegen der Ansicht, daß die heutige Sozialdemokratie in erster Linie durch thatsächliche Uebelstände der bestehenden Verhältnisse erzeugt sei, und daß die Agitation der sozialdemokratischen Führer auf einer an und für sich vorhandenen unzufriedenen Stimmung der Massen fuße, und die dann weiterhin allerdings ebenso sehr zu steigern, als zu verwirren, so wird man von der Gesetzentwurf vorlage um so weniger befriedigt sein, als bis jetzt nirgendwo Anstalten gemacht zu werden scheinen, um die wirklichen Wurzeln der Sozialdemokratie abzugraben.“

Der Hamburger „Correspondent“, ein conservativ-liberales Organ, dessen vernünftiges Urtheil in Sachen der sozialdemokratischen Bewegung wir wiederholt lobend zu erwähnen hatten, meint, nachdem die sorgfältige Redaktion und Ausarbeitung des Entwurfs anerkannt worden:

„Daß von dem geplanten Gesetze die Erreichung des angestrebten Zieles werde erwartet werden können, erscheint uns nichtbedeutender höchst zweifelhaft. An dem Wesen der Gefahr, welche die bestehende gesellschaftliche Ordnung bedroht, wird (soweit wir sehen können) durch ein Einschreiten gegen die Formen, in welche dieselbe sich kleidet, Nichts geändert werden. Auch von den bestredigirten Gesetzen gilt das alte Wort: „Quid leges sine moribus?“ (Was vermögen Gesetze, die nicht mit den Sitten und Anschauungen der Menschen übereinstimmen?) Die sozialdemokratische Organisation läßt sich beseitigen, die Sozialdemokratie nicht: „den Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben!“ Nach den Wahlergebnissen, welche hinter uns liegen, steht nahezu eine halbe Million von Staatsbürgern hinter dem Verein der „sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“, wird die Meinung, „daß darauf hingearbeitet werden müsse, die Arbeitsmittel zum Eigenthum des Staates zu machen und die Arbeit staatl. zu organisiren“, von nahezu dem zehnten Theil der Männer getheilt, welche die deutsche Reichsverfassung zu Wählern gemacht hat. In 67 Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie sog. offizielle Candidaten aufgestellt und auf diese 360,000 Woten verarmt, in etwa 20 anderen Wahlkreisen sind außerdem 100,000 bis 110,000 sozialistische Stimmen abgegeben worden. Die Organisation, welche diese Resultate zu Wege gebracht hat, steht auf eine vierzehnjährige Geschichte zurück, sie wird von einigen Duzend professionellen und mehreren Hundert freiwilligen Agitatoren bedient, von 80 bis 90 Preßorganen unterstützt. Ihr zur Seite gehen zahlreiche Gewerkschaften und Fachvereine, deren Bestand wohl erschütterter, aber nicht aus der Welt geschafft werden kann, so lange das auf den § 152 der Gewerbeordnung gegründete Coalitionsrecht besteht. Da die verfassungsmäßige Wahlfreiheit das Recht zur Erwählung sozialdemokratischer Abgeordneten in sich schließt und da die Wahlperioden von einer Reihe schützender Bestimmungen umgeben sind, wird die Geltung der Vorschriften des vorliegenden Entwurfs einer Modifikation und theilweisen Suspension unterliegen, sobald zu Neuwahlen geschritten wird. Um mit der Ausführung der in Rede stehenden Maßregeln auch nur den Anfang zu machen, werden Hunderte, wenn nicht Tausende von Vereinsauflösungen ausgesprochen, Duzende von Zeitungen und Journalen verboten, zahlreiche Offizinen geschlossen, noch zahlreichere Arbeiter und Angestellte um ihre materielle Existenz gebracht werden müssen. — Von einer Repressivthätigkeit, die bei solcher Lage der Dinge, auf Grund eines einzelnen, die sonstige Legislative nicht berührenden Gesetzes etwas Bleibendes auszurichten vermöchte, vermögen wir uns keine Vorstellung zu machen, weil uns aus dem Gebiet der gesammten neueren Geschichte kein Versuch bekannt ist, der Ähnliches auch nur angestrebt hätte. Geheimebünde, die direkt und ausschließlich auf die Beseitigung eines bestimmten Verhältnisses hinarbeiten, Vereine, welche statutarisch fest abgegrenzte Zwecke verfolgen, sind häufig und mit Erfolg verboten und unterdrückt worden: unter der Herrschaft constitutioneller Staatsformen angestellte Versuche, eine bestimmte, weitverbreitete, die verschiedensten Gebiete umfassende Richtung als solche zu verbieten und die zugleich gegen Preßorgane, Vereine und Versammlungen gerichteten Verbote auf administrativem Wege und bei Fortbestand der anderen Richtungen zugesicherten Freiheiten in Ausführung zu bringen, — solche Versuche sind unseres Wissens noch nirgend angestellt worden. Auch wenn man die Möglichkeit eines Gelingens nicht absolut bestreitet, wird man zugestehen müssen, daß es sich „um einen Sprung in's Dunkle“, um ein noch nicht dagewesenes Unternehmen handelt.“

Die Berliner „Volkszeitung“, Organ der Fortschrittspartei, schreibt: „Das neue Sozialistengesetz ist veröffentlicht — wir sehen

in ihm der unerbittlichsten Reaktion gegenüber — mit ihm würde das neue Reich, das einst auf Einheit und Freiheit gegründet werden sollte, auf Neue den alten Polizeikünsten des ungeliebten Bundestages verfallen, — die Mainzer Centralcommission zur Verfolgung der Demagogie ihre Wiedergeburt feiern in der neuen Berliner Centralcommission zur Aufspürung von Sozialisten.“

Nach einer Analyse des Gesetzes fährt sie fort: „Dies mag genügen, um vor unseren Bessern die Erregung zu rechtfertigen, unter welcher wir diese Zeilen niederschreiben. Wir halten es für unmöglich, daß der Reichstag einem solchen Gesetze seine Zustimmung gebe — aber dem deutschen Volke müssen wir schon heute zurufen, die letzte Entscheidung liegt allein in seiner Hand, die Entscheidung über Glück und Frieden für uns und unsere Kinder, denn wir stehen mit diesem Gesetze an dem Scheidewege, der die Aussichten auf die lachenden Gestirne, welche ein in friedlicher Eintracht an gemeinsamer Verbesserung unaufhörlich arbeitendes und strebendes Volk bewohnt, von denen trennt, auf denen Mißtrauen, Haß und Verrat schließlich ihre Flammenzeichen in erbitterten Kämpfen, in der gegen den Himmel lodernden Höhe eingäsehener Dörfer und Städte in schreden-erregender Weise zur Erscheinung kommen lassen. Möge das Volk feststehen gleich kräftig in der Verdammung der Ausschreitungen der Sozialdemokratie, welche diese Art der Reaktion über uns heraufbeschworen, aber eben so fest in der Abwehr gegen diese Art, eine Gefahr zu bekämpfen, welche nur geeignet ist, uns unrettbar derselben verfallen zu machen!“

Die, gleichfalls fortschrittliche, „Vossische Zeitung“ ist der Meinung: die drakonische Schärfe des Sozialistengesetzes werde selbst die ausschweifendsten Wünsche befriedigen. Besonderen Anstoß nimmt sie an dem Ausdruck „Untergrabung“.

„Vereine, Versammlungen, Druckschriften werden sich in Zukunft nicht mehr als sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische ankündigen, es wird vielmehr als Kriterium die auf „Untergrabung“ gerichtete Tendenz dienen müssen. Was soll der Richter aber unter „Untergrabung“ denken?“

„Wenn ein Verein revolutionäre Bestrebungen verfolgt, die direkt auf Herabführung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsverhältnisse gerichtet sind, so sprechen wir mit Recht von Untergrabung. Aber ein Verein kann auch die Revolution und die gewaltthätigen Umsturz von bestehenden Verhältnissen verabzäumen und dennoch sind wir nicht weniger berechtigt zu sagen, daß sich seine Ziele auf eine Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung richten. Jeder Verein, der für eine nach seiner Ansicht bessere Zukunft von Staat und Gesellschaft in der Weise thätig ist, daß er Nothstände bespricht, Unrecht und Mißbräuche aufdeckt und bespricht und Reformen mit gesetzlich zulässigen Mitteln anstrebt, untergräbt das Vertrauen zur Gegenwart.“

In diesem Sinne ist also der Ausdruck „Untergrabung“ von so weittragender Bedeutung, daß er mit Ausnahme der conservativen das Bestreben fast aller Vereine treffen muß, die sich überhaupt mit der Zukunft von Staat und Gesellschaft beschäftigen. Man wird nicht sagen können, daß das Gesetz den Ausdruck „Untergrabung“ bloß auf diejenigen Bestrebungen beschränkt, welche die Revolution direkt zum Ziele haben, da wir bereits im Strafgesetzbuche Schutz dagegen haben. Abgesehen davon bezweckt ja aber die Vorlage gerade, daß die Regierung zu weiterem Vorgehen ermächtigt sei. Es scheint mithin — vorausgesetzt, daß nur die Sozialdemokratie getroffen werden soll — gar kein Zweifel sein zu können, daß der Ausdruck „Untergrabung“ vollständig verfehlt und liberalerwärts im eigensten Interesse durchaus unannehmbar ist.“

Die „Vossische Zeitung“ schließt ihre Kritik mit den Worten: „Aus dem über § 1 des Sozialistengesetzes Gesagten ergibt sich also schon, daß die Annahme desselben in der vorliegenden Fassung für die Liberalen, sofern sie ihre eigene Haut lieb haben, eine schwere Zumuthung ist, und es wird sich dabei zeigen, ob es nicht vielleicht mehr auf die Haut der Liberalen als auf die der Sozialdemokraten oder mindestens auf beide zugleich abgesehen ist.“

In der nationalliberalen, von Braun („unserem B.“) mitredigirten Berliner „Tribüne“ plaidirt ein Einsender, dessen Meinungsäußerung jedoch als Leiter abgedruckt ist, für ein Zusammengehen der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen in der Behandlung des Sozialistengesetzes. Die „Tribüne“ fügt hinzu, daß sie nicht in allen Punkten die Ansichten des Einsenders theilt. Folgendes sind die Hauptstellen des Artikels:

„Wir dürfen uns nicht beirren lassen durch das Vertrauen, daß die gegenwärtige Regierung keinesfalls die Absicht haben könne, das Gesetz auch gegen die liberalen Parteien zu richten,

denn Regierungen sind wandelbar, und Niemand vermag zu sagen, welche Grundsätze für eine künftige Regierung maßgebend sein werden. Ein Gesetz, welches im Vertrauen auf das gegenwärtige Regiment geschaffen und nur für dessen Dauer berechnet wird, würde ein Ausnahmengesetz sein, welches die Fortschrittspartei nicht annehmen dürfte und die nationalliberale Partei nicht annehmen sollte. Als ein solches, alle liberalen Parteien auf's Höchste gefährdendes, einem etwaigen künftigen (1) freiheitsfeindlichen Regiment die Möglichkeit zu jeder Willkür eröffnendes Ausnahmengesetz charakterisirt sich der „Gesetzesentwurf gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, der zu einem zweideutigen Ergänzungsgesetz nur durch die umfassendsten Amendierungen umgestaltet werden könnte. Schon der § 1 zeigt dies deutlich. Welche Bedeutung kann eine künftige Regierung den Worten: „Vereine, welche auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen“, geben? Werden nicht schon jetzt in den reaktionären Pressorganen die Nationalliberale und die Fortschrittspartei beschuldigt, daß sie solche Bestrebungen haben? Jeder Verein, der eine Reform der Gesetzgebung erzielen will, würde nach einem solchen Gesetz dem Untergange gewidmet sein.“

Auszüge aus der „Frankfurter Zeitung“ bringen wir in einer der nächsten Nummern; für heute nur einige Urtheile der auswärtigen Presse.

Die, einst gut Bismarckische, Wiener „Deutsche Zeitung“ glaubt ihr Urtheil über den Entwurf kurz dahin zusammenfassen zu können, daß, wenn die Vertreter des deutschen Volkes dem, was in ihm ihnen verkündet wird, zustimmen, sie Deutschland zum unfruchtbarsten Lande Europas (Rußland und die Türkei natürlich ausgenommen) machen würden.

„Ein lediges Attentat“, sagt die „Deutsche Zeitung“, „gegen die Press- und Vereinsfreiheit, als das sogenannte Sozialistengesetz, das unter dem Vorwand, Sozialdemokraten und Kommunisten zu treffen, die gesammte Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die persönliche Freiheit jedes Deutschen einer Anzahl von Beamten preisgeben würde, ist noch nicht dagewesen. Man kann sagen, daß Deutschland, wenn die Anträge, die Preußen beim Bundesrath einbringt, angenommen werden sollten, zum Gesetze erhoben werden, faktisch, wenn auch nicht formell, zum Standpunkte der Karlsbader Beschlüsse zurückkehrt. Napoleon III. hat in seiner schlimmsten Zeit nichts Besseres erfunden, als jene Art von politischem Standrecht, die nach den Schlußbestimmungen des preussischen Antrages zeitweise verhängt werden kann. . . . Daß der Reichstag so etwas annehme, erscheint uns fast undenkbar. Selbst die Servilität der Nationalliberalen hat ja ihre Grenzen (?) und sie müssen doch fühlen, daß eine liberale Partei, die für so etwas stimmt, dem vernichtenden Urtheile des eigenen Volkes und der Geschichte verfallen wäre.“

Ein englisches Blatt, der Londoner „Globe“, noch vor Kurzem für Bismarck schwärmend, meint bei Besprechung des telegraphischen Resumes:

„Vielleicht werden nähere Details über die Maßregel den Eindruck mildern, (?) den solch durchgreifende Gesetze hinterlassen müssen: im anderen Falle sind die Freiheiten der deutschen Unterthanen kaum viel werth; dieselben sind vollständig der Willkür der staatlichen Behörden und der Polizei überliefert. Die persönliche Freiheit wird in Deutschland allmählich eben so sehr ein Ding der Vergangenheit werden, wie es die politische Freiheit bereits ist. Wir zweifeln, ob irgend eine äußerste Gefahr für den Staat — auch eine größere als die bereits bestehende — Maßregeln von solch außergewöhnlicher Strenge rechtfertigen würde und wir können nicht glauben, daß der Reichstag das Gesetz annehmen wird.“

(Fortsetzung folgt.)

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Verrohung unserer Blut- und Eisen-Periode ist niemals widerlicher zu Tage getreten als jetzt bei der Hinrichtung Lehmann-Höbels. Man braucht nur die graufigen Einzelheiten zu lesen, um mit namenlosem Ekel erfüllt zu werden. Man schämt sich, in einer Zeit zu leben, wo solches vorgehen kann und den Unterhaltungs- und Bildungsstoff des Volkes bildet. Diese graufige Mordlektüre auf Tage, auf Wochen die „geistige Nahrung“ unseres Volkes! Wahrhaftig, es ist endlich einmal an der Zeit, daß „die Schule des Verbrechens“ geschlossen und dieser abscheulichen Mordkultur mit Mordkultur ein Ende gemacht werde.

Wie „herzlich weit“ wir es bereits in der Verrohung ge-

bracht haben, erhellt recht drastisch aus einem Brief, den der nationalliberale Herr von Bunsen während der Wahlbewegung geschrieben hat. Es war ihm nämlich vorgeworfen worden, daß er, als Mitglied des Cobdenclubs, nicht ganz „lauscher“ sei in puncto des Patriotismus etc. In dem betr. Brief heißt es:

— „Die Anschuldigung gegen mich lautete dahin: 1) ich sei Mitglied des Cobdenclubs, 2) als solcher verpflichtet, immer für absoluten Freihandel zu stimmen, und 3) erhalte ich dafür eine tüchtige Vergütung. Auf die letzte Behauptung antworte ich nicht. Sie schließt eine infame Verdrängung nicht bloß meiner Person, sondern aller übrigen Ehrenmitglieder des genannten internationalen Clubs in sich, die allen Ländern der gesitteten Erde angehören, deren Keiner für einen schlechten Patriot gilt und unter denen sich das Beste befindet, was jede Nation an Geist und Charakter aufzuweisen hat. Daß ich seit 1871 Ehrenmitglied des Cobdenclubs bin und als solches den deutsch-nationalen Standpunkt in einer Jahresversammlung desselben als Redner vertreten habe, wurde von mir in der Wahlversammlung zu Schmiedeberg vom Mai 1876 ausgesprochen, ist also kein Geheimniß. Der verewigte Cobden, zu dessen Andenken der Club gestiftet ist, war ein Mann von weitemoffenen Gedanken. Niemals ist mir ein Engländer vorgekommen, der weniger wie er das Sonderinteresse seines Landes, wärmer das der Menschheit im Auge gehabt hätte. Deshalb lautet der Wahlspruch des Clubs: „Friede unter den Völkern, Wohlwollen unter den Menschen, Freiheit des Handels.“ Wenn ich nicht irre, sehr geehrter Herr, so ist die Generation, der wir beide angehören, in ähnlichen Gedanken aufgewachsen und braucht sich ihrer nicht zu schämen. Sie werden deshalb finden, daß heut zu Tage Jedermann sich einen Freihändler nennt, das heißt Jedermann wünscht den Tag zu erleben oder für seine Kinder und Kindeskinde vorzubereiten, da alle gesitteten Länder ebenso einen Zollverein bilden, wie die deutschen Staaten unter sich in Zollunion stehen. Das war der leitende Gedanke der Handelsverträge, welche seit 1859 in Europa geschlossen wurden. Man ließ in dem Maße, wie jede Industrie erstarkt war, gegenseitig Zollschranken ganz oder theilweise fallen, man hoffte auf ein Anwachsen besserer Ueberzeugungen, namentlich in den Hochburgen der Abschließung, wie Rußland, Frankreich, Oesterreich. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.“

Hundert Jahre nach Lessing's „Nathan dem Weisen“, drei- undvierzig Jahre nach Schiller's, fünf undvierzig Jahre nach Goethe's Tod muß ein Deutscher sich förmlich entschuldigen, daß er einer Gesellschaft angehört, welche „Friede unter den Völkern und Wohlwollen unter den Menschen“ erstrebt! Es ist wirklich stark.

— Ein treffliches Urtheil über die Berwerflichkeit der liberalen Taktik, die Sozialdemokratie für die Attentate verantwortlich zu machen, finden wir in einer Hamburger Correspondenz der liberalen Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 2. August, also nach den Wahlen. Dort heißt es: „Ein ungeheurer Fehler ist dadurch begangen worden, daß man der sozialdemokratischen Partei die Urheberchaft an den Attentaten zuschiebt und nun mörderisch auf sie losschlägt. Denn, wenn auch die Sozialisten in Bezug auf die Erreichung ihrer Ziele und Ausführbarkeit ihrer Lehren im Irrthum sein mögen, so sind sie doch an den Attentaten gerade so viel oder so wenig schuld, als die Erfinder der Dampfmaschine an den Eisenbahnunfällen oder die Religionsstifter an den Religionskriegen.“ — Dieses vernünftige Urtheil eines außerdeutschen Liberalen mögen sich die „liberalen“ Journalisten hinter die Ohren schreiben.

— Zur bevorstehenden Sedanfeier. Die Sedanbussole ist im deutschen Volke trotz des Attentatsdeliriums sehr im Abnehmen begriffen. Auch die Gemeindevertretungen werden resisten. So hat in der vorigen Woche die Gemeindevertretung von Deuz es abgelehnt, aus der Stadtkasse die Kosten zur Bewirthung der Schuljugend am 2. September zu bewilligen. Ferner beschäftigten sich die Stadtverordneten zu Köln mit dieser Frage. Die nationalliberale Gesellschaft „Vest“ hatte in Gemeinschaft mit den Krieger-, Gesang- und anderen Vereinen den Antrag gestellt, das Collegium möge, wie im vorigen Jahre, 1000 Mark als Beitrag zu den Kosten des Sedanfestes bewilligen. Nach einer kurzen Debatte wurde dieser Antrag mit allen gegen acht Stimmen abgelehnt. — Die Heiligkeit des Herrn Sedanus ist also nicht von langer Dauer gewesen.

— Zur Lingenau'schen Erbschaft schreibt man uns aus Gumbinnen: Die von unserm in St. Louis in Amerika verstorbenen Genossen F. Lingenau der sozialdemokratischen Partei zugedachte Erbschaft läßt den Behörden noch immer keine Ruhe.

leugnen dürfen, daß in diesen Verhältnissen ein Grund für die Behauptung gesucht werden kann, daß unsere Zeit zur Gesetzgebung keinen Beruf habe.

Der schlimmste Erfolg, den die rückhaltlose Handhabung der schablonenhaften Fraktionspolitik herbeigeführt hat, ist darin zu finden, daß der Reichstag an das ihm anvertraute Palladium der geistigen Wohlfahrt des deutschen Volkes — an die Redefreiheit hat tasten lassen. Die Geschäftsleitung ist seit geraumer Zeit hinsichtlich der Redeordnung keine unparteiische. Das ist eine Thatfache, die von allen Vorurtheilslosen anerkannt wird.

Die von den liberalen Parteien herbeigeführte und geduldete Abschaffung der Rednerliste ermöglicht eine Willkür bei der Wortverleihung, die im Vereine mit den bekannten Anträgen auf Abschaffung der Redeordnung dem Rundtischmachen jeder Minorität gleichkommt. Wenn diese Prozis, mit welcher besonders der Name Valentin in den Annalen unseres Parlamentarismus auf immer in sehr unliebsamer Weise verbunden bleiben wird, vorzüglich gegen die Sozialdemokratie gerichtet war, so vermag das an der absoluten Berwerflichkeit einer so unerhörten Uebung nichts zu ändern. Ist nur die Fraktionsangehörigkeit, wie das von maßgebender Stelle ausdrücklich ausgesprochen wurde, maßgebend für die Locirung der angemeldeten Redner bei der Reihenfolge, in welcher sie zum Worte zugelassen werden, so bezeichnet das einen Höhepunkt des Mißbrauchs, der allerwärts zum Nachdenken führen sollte. Eine Abfäzigung der Debatte, was man heuchlerisch als Zweck anföhrt, ist durch alle diese Mittel nicht erreicht worden. Wohl aber hat sich der Reichstag durch Beschränkung der Redefreiheit die Quelle moralischer Macht und dadurch die unerlässliche Vorbedingung realer Wirksamkeit selbst abgegraben. Wenn er im gegenwärtigen Moment ohnmächtiger denn je dasteht, so sind daran nicht bloß die äußeren Verhältnisse, so ist vielmehr vor allem auch der innere Mechanismus einer Legislativbehörde, die in ihrer Befreiheit und Zersplitterung ein würdiges Gegenbild der Exekutive ist, in die gewisse parlamentarische „Confessions“ während der beiden letzten Sessionen einen so lehrreichen Einblick gewährten.

Bei der Regierung soll „Umkehr“ und Consolidation eingetreten sein. Bei dem Reichstage wird es wohl noch lange dauern,

## Der deutsche Parlamentarismus.

(Eine anatomische Studie.)

(Schluß.)

Die Wenigen nun, welche auf dem Wege der Ueberlieferung und Anciennität zu Lenkern der parlamentarischen Geschicke des deutschen Volkes gediehen sind, die einzelnen Fraktionsführer haben aus ihrer Mitte zur Befestigung und Erhaltung ihrer Herrschaft einen Ausschuss niedergesetzt, den sogenannten „Senioren-Convent“, von dem thatsächlich auf dem Wege des Compromisses alles Das entschieden und dem Reichstage oktroyirt wird, was nach Außen als Ergebnis freier Willkürthätigkeit erscheint. Namentlich werden von ihm alle sogenannten „Wahlen“ für Präsidium, Bureau, Abtheilungsvorstandschaf, Commissionen, Deputationen u. s. w. gemacht. Ein wirkliches Wählen, ein Bestimmen der einzelnen Persönlichkeiten nach eigenem persönlichen Ermessen der Mehrheit des Reichstags oder der Reichstags-Abtheilungen findet niemals statt und ist der betreffende Akt, wenn er vorgenommen wird, nichts weiter als eine inhaltslose Komödie, die, nachdem der Senioren-Convent Beschluß gefaßt, ebenso gut durch dessen Erklärung ersetzt werden könnte: „Herr Cajus ist Präsident des Reichstags“, oder: „Herr Cuius Mitglied der Xten Commission.“ Ehrlicher wäre es schon und die Wähler würden dann allerorts eine bessere Einsicht in die innere Wesenheit des deutschen Parlamentarismus erlangen, d. h. da nicht an Mehrheitsbeschlüsse glauben, wo lediglich von Diktaten einer Minderheit die Rede sein kann. Der „Senioren-Convent“, dessen Mitglieder sich möglichst in den Mantel des Geheimnisses hüllen, ist charakteristischer, als man auf den ersten Blick anzunehmen geneigt sein dürfte. Deshalb muß gerade sein Wirken in einer Skizze erwähnt werden, die sich Offenlegen des inneren Räderwerkes einer Einrichtung zum Zwecke legt, welche man bisher daraufhin „allzu genau“ weder betrachten wollte, noch auch in weiteren Kreisen betrachten konnte. Daß man das Recht aller Minoritäten, die es nicht bis zur Ziffer 12 zu bringen vermögen, auch dann einfach ignorirt, wenn sie in ihrer Gesammtheit einen ganz stattlichen Bruchtheil der Versammlung darstellen und über die Stärke einzelner Fraktionen hinausgehen, ist gewiß bezeichnend. Und dies geschieht bis zu den geringsten

Kleinigkeiten herab. Wenn man des großen Andranges wegen es für nöthig erachtet, den Eintritt zur Abgeordneten-Tribüne durch Ausgabe von Eintrittskarten zu beschränken, werden dieselben natürlich an die Fraktionen ertheilt, die Fortschrittspartei mit 31 Mann erhält, was ihr zukommt, die 35 Wilden — können sehen, wie sie zurecht kommen, sie erhalten — nichts. Sapienti sat.

Bei jeder parlamentarischen Versammlung liegt die Garantie für ihre technische und politische Leistungsfähigkeit in der Art und Weise, wie sie sich die Organe ihrer Wirksamkeit beschafft. Arbeitsinstrumente einer Volksvertretung sind lediglich die Commissionen. Gewählt werden diese gegenwärtig von den Abtheilungen, in welche der Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt auf dem Wege der Verlosungen zerlegt wird. Es sind deren sieben. Die Wahl der Commissionen soll nun in der Weise erfolgen, daß jede der Abtheilungen eines, zwei, drei oder vier Mitglieder in den betreffenden Ausschuss wählt. Dadurch, daß man dem reinen Zufalle die Zusammensetzung der Abtheilungen überließ, zeigte man deutlich, daß einseitige Berücksichtigung der Partei- oder Fraktionsstandpunkte bei Zusammensetzung der Ausschüsse ausgeschlossen und mehr die parlamentarische Arbeitsfähigkeit in Betracht gezogen werden sollte. Diesen gesunden und vernünftigen Gedanken der Geschäftsordnung weicht man durch die Einrichtung des Senioren-Conventes künstlich in sein volles Gegenteil zu verkehren. Diese „unbekannten Oberen“ bestimmen im Voraus die Mitglieder, welche in die Commissionen zu wählen sind, und erkennen dabei, wie das bei der Zusammenlegung und dem Wesen selbstverständlich ist, in erster Linie als Richtschnur so ausschließlich nur die Fraktionschablone an, daß mit lächerlich-peinlicher Sorgfalt nach halben, Viertels- und Achtels-Abgeordneten gerechnet wird. Um das Mißständige nicht zu schreien werden zu lassen, sieht man bei Ausschüssen, welche technische Fragen zu entscheiden haben, ausnahmsweise von dem Parteistandpunkte ab. Durch die Ausnahme wird aber die Regel nur evidenter gemacht. Die Wirkung einer solchen Wahlart auf die Arbeitsfähigkeit der Commissionen zu untersuchen, liegt außerhalb der Aufgabe dieser Zeilen. Aufmerksame Beobachter unserer parlamentarischen Zustände, die den Vorwurf nicht kennen, „die Dinge allzugenau zu betrachten“, werden nicht

Man versucht Alles, sie uns aus den Händen zu spielen. Zuerst verbreiteten reaktionäre Zeitungen das Gerücht, der Erblasser stamme aus Mecklenburg und habe Frau und Kinder hinterlassen. Unser Genosse J. Reitenbach trat dagegen auf und wies im „Vorwärts“ zur Evidenz nach, daß L. ein geborener Ostpreuße sei, der zur Zeit, als er ihn im Jahre 1830 kennen gelernt, Inspektor in Georgenburg bei Jasterburg war. Nicht lange nach dieser öffentlichen Erklärung, die in viele Zeitungen übergegangen war, wurde Reitenbach vom Amtsvorsteher in Georgenburg brieflich aufgefordert, über die Angehörigen seines verstorbenen Freundes L. Auskunft zu geben. R. erklärte, daß L. ihn, als er ihn vor einigen Jahren besuchte, bereits damals mit seiner Absicht, sein Vermögen der Sozialdemokratie zu vermachen, bekannt gemacht, da alle seine Verwandten verstorben. Er erstand damals in Königsberg Grabsteine für die Gräber seiner Eltern, die auch auf verschiedenen Kirchhöfen, wo seine Angehörigen begraben, von ihm selbst aufgestellt wurden. Vor kurzer Zeit wurde R. auf gerichtliche Requisition von Königsberg abermals von dem Amtsvorsteher in Prusitz, zu welchem Bezirk sein zeitiger Wohnort gehört, über Verwandte L.'s vernommen. Nochmals gab er dieselbe Erklärung ab, daß er L.'s Verwandte nicht gekannt, aus seinem Munde aber bei seiner Anwesenheit hier wiederholt gehört habe, daß er weder nahe noch entfernte Verwandte am Leben habe und nur nach Europa gekommen sei, um sein Vermögen der Sozialdemokratie zu vermachen, seinen Eltern u. Grabsteine zu setzen und alte Freunde zu besuchen. — Ob die Behörden noch weiter suchen werden?

Im Anschluß an Obiges und zur Ergänzung desselben veröffentlichten wir nachstehend eine Notiz der in St. Louis (Vereinigte Staaten) erscheinenden (von Freund Otto-Walster redigierten) „Volkstimme des Westens“:

Mit schlicher aber wahrscheinlich verfrähter Schadenfreude, schreibt unser amerikanisches Bruderorgan, bringt die „Westliche Post“, welche nun durchaus den letzten Willen unseres edlen, wenn auch unpraktischen toten Genossen Ferdinand Lingenau vertritt und unausgeführt sehen möchte, über den uns nicht überraschenden Vorfall, daß sich eine Erbin gemeldet hat, folgende Frohlockung:

„Die meisten der Leser der „West. Post“ werden sich noch des Testaments Lingenau's erinnern, in dem er die Sozialdemokraten der ganzen Welt zu seinen Erben einsetzte. Der Nachlaß, welcher sich nach Bezahlung aller Schulden auf ungefähr 70000 Doll. belief, wurde vom öffentlichen Administrator übernommen und verblieb in seinen Händen, da nach den Gesetzen des Staates Missouri das Testament keine Gültigkeit besaß. Lingenau hatte nämlich keine bestimmte Person zu seinem Erben eingesetzt, was nach den Gesetzen des Staates notwendig ist, wenn ein Testament Gültigkeit haben sollte.“

Ob Lingenau Verwandte in Deutschland, die seine natürlichen Erben waren, wußte man nicht. Man erging sich darüber in allerlei Vermuthungen, eine hiesige Zeitung wollte sogar wissen, daß der Verstorbene in St. Louis unter einem angenommenen Namen gelebt hatte, und einer vornehmen altpreussischen Familie entstammte. Alle diese Angaben sind unbegründet gewesen, wie aus Nachrichten hervorgeht, welche das hiesige deutsche Consulat erhalten hat.\*)

Dasselbe wurde vom auswärtigen Amt in Berlin benachrichtigt, daß sich bei demselben die Frau eines verstorbenen Neffen von Lingenau gemeldet habe, deren Kinder die nächsten Verwandten des Verstorbenen und daher seine Erben sind.\*\*) Aus den dem Schreiben beiliegenden Dokumenten geht hervor, daß Lingenau ein Bruder Namens Andreas hatte, welcher seines Zeichens ein Schreiber war und in Kalisz im Kreis Lublitz, Regierungsbezirk Königsberg, wohnte. Dieser hinterließ einen Sohn Simon Carl Traugott Lingenau, der am 4. Januar 1841 zu Maliswizken geboren wurde. Er war verheiratet und seine Wittve ist es, welche sich bei dem auswärtigen Amt in Berlin gemeldet hat und für ihre der Ehe mit Simon Carl Lingenau entsprossenen Kinder die Erbschaft beansprucht. Frau Lingenau wohnt in Berlin, Frankfurter Allee Nr. 18, und soll sich in dürftigen Umständen befinden.

Der Sekretär des deutschen Konsulats, Herr Bennwitz, setzte sofort den öffentlichen Administrator, Herrn Lewis, von dem Schreiben in Kenntniß. Der Beamte erklärte, daß er bereit sei, den Nachlaß an die Frau Lingenau auszulassen, sobald die

nöthigen Papiere ausgefertigt und von den Behörden in Berlin beglaubigt sind.)\*

— Die Schützen an der Arbeit. In Blumenthal (bei Hannover) wurde ein Sozialdemokrat, weil er bei einem auf den Kaiser ausgebrachten Hoch nicht mit einstimme, feierlich aus der Schützengesellschaft ausgeschlossen. Mit Genehmigung melden patriotische Blätter diese Heldenthat — wir aber lassen den Blättern das Vergnügen.

— Von welchem Einfluß die Stimmen der sozialistischen Wähler sind, hat in dem verflochtenen Wahlkampf so mancher Abgeordnete erfahren. Wir erinnern nur an die Abgg. Lasler und Richter. Ebenso wird aus dem Niederbarnimer Kreise gemeldet, daß Dr. Mendel (Fortschr.) von Panlow (bei Berlin) nur den Sozialdemokraten sein Mandat zu verdanken habe. Dagegen ist der Abg. Hausmann (Fortschr.) in dem westhaveländischen Kreise Brandenburg-Rathenow gegen den Conservativen v. Bredow unterlegen. Die Sozialisten beschloßen für Hausmann zu stimmen und Genosse Radow wollte in einer Versammlung der Fortschrittler in diesem Sinne das Wort ergreifen, durfte jedoch nicht sprechen. In Folge dieses elenden Fortschrittlers beschloßen die Sozialisten Wahlenthaltung und so ist denn der Fortschrittler durchgefallen. Jedemfalls eine derbe Zurechtweisung fortschrittlichen Uebermuthes.

— Aus Harburg berichten verschiedene Blätter über einen dortselbst anlässlich der Stichwahl zwischen dem Welsen Grafen Groote und Oberbürgermeister Grumbrecht stattgehabten Volksauflauf. Es sollen mehrere Personen todt und verwundet worden sein. Wir erwarten von unseren dortigen Parteigenossen näheren Bericht.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: „London, den 12. August 1878. An den Redakteur des „Vorwärts“!

In verschiedenen Nummern des „Vorwärts“ haben Sie durch unbegründete Beschuldigungen und allzu lähne Entstellungen meine Namen zu schänden gesucht und mich, in voller Uebereinstimmung mit dem Treiben gewisser sozialistischer Maulhelden, für Artikel des „Londoner Journals“ verantwortlich gemacht, die ich nie geschrieben, sondern auf das Entschiedenste verurtheilt habe.

Ich erkläre hiermit, daß die im „Londoner Journal“ veröffentlichten und gegen die Sozialdemokratie gerichteten Artikel den Redakteur des Blattes, Dr. Günther, zum Verfasser haben; daß seine gänzlich unbegründeten Angaben über die Organisation, Thätigkeit und die Zukunftspläne des Londoner sozialdemokratischen Arbeiterbundes demselben einen unbegründeten Nimbus verliehen haben; endlich, daß ich für genanntes Blatt seit seinem Bestehen nur einen Brief geschrieben habe, in welchem ich den Redakteur, Dr. Günther, aufforderte, die Deutschen Londons für die hundertjährige Jahrsfeier zu begeistern.

Der mit nicht geringerer Frechheit gegen mich geschleuderten Beschuldigung, „Deutschland als Polizeispion durchkreuzt zu haben“, werde ich gebührend begegnen. Nach langem und opferfreudigem Ringen, als Mitgründer und 14 Jahre als Redakteur des Londoner „Hermann“, im Interesse der deutschen Arbeit in der Fremde, werde ich mich nicht scheuen, den Lehren der unter falschem Banner wählenden Pseudo-Sozialdemokraten offen entgegenzutreten.

— Der Friedenskongreß der vereinigten französischen, englischen und italienischen Friedensgesellschaften zu Paris findet nicht am 19. und 20., sondern am 26. September d. J. daselbst statt.

— Wjera Sadjulitsch (ausgesprochen Sadjulitsch — mit dem Ton auf dem u) ist, wie wir auf's Positivste versichern können, in Sicherheit. Sie kam, nachdem sie sich zwei Monate lang in Petersburg verborgen gehalten, am Tage des Lehmann-Attentats nach Berlin, hielt sich dort unter den Augen des stumpf gewordenen Stieber einige Wochen lang auf, begab sich dann nach Genf, wo sie durch eine Taktlosigkeit Rogosor's, des Ex-Baternenmanns, beinahe der Polizei in die Hände geliefert worden wäre, und befindet sich da, wo kein Stieber oder Treppoff

\*) Da warten wir aber noch ein wenig. Uebrigens war's uns recht, wenn diese Willensverdreheri einmal ein Ende hätte. Wir respektiren nicht so sehr auf diese Erbschaft, wie die Tante es thun würde, denn unsere Macht liegt nicht im Gelde, sondern in der Gerechtigkeit und Wahrheit unserer Sache. Red. d. „V. d. W.“

Dr. Bodel, das Wort, um in einstündiger Rede die Scheingründe und Sophistereien des Vorredners Punkt für Punkt zu widerlegen. Unbeirrt durch wiederholte stürmische Unterbrechungen, drang er scharf und kräftig auf den sozialistischen Gegner ein, dem er den Vorwurf zuschleuderte, daß er seine leiblichen revolutionären und vaterlandlosen Gesinnungen hinter einer erheuchelten Friedens- und Reformliebe verberge. Herr Liebknecht erwiderte ziemlich gereizt, worauf Dr. Bodel nochmals Gelegenheit nahm, die wahren Ziele der Sozialdemokratie zu beleuchten und das Märchen von den 300 Millionen Mark neuer Steuern, das Herr Liebknecht natürlich wiederholt aufstufte, als eine thörichte und böswillige Erfindung zurückzuweisen. Auch die seltsame Taktik der Sozialisten, die sich trotz ihrer angeblichen Freisinnigkeit nicht scheuen, den Römlingen und Muckern bei den Stichwahlen beizuspringen, wurde einer genauen Bestätigung unterzogen. Nach einem Schlussworte des sozialistischen Referenten wurde die Versammlung, die einen sehr ehrenvollen Verlauf für die Reichstrennen nahm, nach halb 12 Uhr Nachts geschlossen.

Natürlich hat Herr Bodel (der sich, um gewissen Ideenassoziationen vorzubeugen, hartnäckig Bodel nennt) diese Correspondenz selbst geschrieben; natürlich hat er in besagter Volksversammlung Liebknecht so verhöhnt, daß er (nicht Liebknecht) es zuletzt gar nicht mehr für nöthig hielt zu antworten; natürlich hat er seine Sache so gut geführt, daß die Reichstrennen selbst genug daran hatten, und daß Bodel's Schilling den folgenden Tag mit riesigem Erfolg — durchfiel.

Freund Bodel hatte in der (natürlich für uns) unglücklichen Gaiminer Versammlung beiläufig den sehr anerkennenswerthen Rath zu gestehen, daß die deutsche Armee zur Niederschießung der deutschen Sozialdemokraten und Arbeiter da sei — ein Gerücht, das von dem in die Pflanze gehaltenen Liebknecht natürlich sofort festgenagelt ward und Herrn Bodel, der nun schon von zwei Redaktionen wegen allzu großer Befähigung entfernt werden mußte und jetzt als Sekretär des sächsischen Reichvereins einen Unterschlupf gefunden hat, sicherlich keine Gehaltszulage einbringen wird.

ihr etwas anhaben kann. Die neue Notiz der „Frankfurter Zeitung“, dahin lautend, Fraulein Sadjulitsch sei gar nicht aus Rußland entkommen, sondern in der russischen Festung Schlüsselburg eingesperrt, ging von Freunden der bedrohten Märtyrerin aus und sollte die Rettung derselben erleichtern, ein Zweck, der auch glücklich erreicht ward.

— Der russische Polizeiminister Mesenzow, der am 16. d. erdolcht wurde, war der Nachfolger des berüchtigten Potozoff, der im Winter 1876/77 irrsinnig wurde. (Trepoff, als dessen Nachfolger wir ihn in letzter Nummer bezeichneten, war bios Polizeipräsident von Petersburg.) Alle Schurkereien, welche die berüchtigte „dritte Abtheilung“ seit 2 Jahren verübt, sind auf Mesenzow zurückzuführen, der ebenso brutal und grausam wie servil, habüchlich und liederlich war. Wie begreiflich, hat der Tod dieses Schenjals den russischen Reaktionen einen heillosen Schrecken eingejagt; sie faheln von einem „Ausnahmegesetz“ und „strafferen Jägeln“. Die Dummköpfe, die nicht einsehen, daß sie dadurch das Uebel nur vermehren und die Gefahr nur erhöhen. — Wenige Tage vorher hatte sich in Odesa ein anderes Stück „russischer Wirthschaft“ abgepielt. Man schreibt darüber aus Odesa vom 11. August: „Das öffentliche Interesse unserer Stadt wird noch immer von dem sensationellen Prozesse in Anspruch genommen, welcher sich in der abgelaufenen Woche vor dem Kriegsgerichte des Odesaer Kreises abspielte. Wie das in Odesa bekanntlich nicht zu den Seltenheiten gehört, war man auch im verflochtenen Jahre einer „kommunistischen und antibynastischen“ Verschwörung auf die Spur gekommen, deren Anhänger durch aufrührerische Plakate, Proklamationen zum Sturze der gegenwärtigen Staatsverfassung u. dergl. mehr manches bedenkliche Lebenszeichen von sich gegeben hatten. Die Beweise für die Existenz der Verschwörung waren in den Händen der Polizei, sehr geraumer Zeit aber bedurfte es, ehe man der Verschworenen selbst habhaft werden konnte. Endlich erfuhr der Polizeichef von Odesa, daß diese Letzteren in einem gewissen Hause auf dem Stadowaia allnächtlich zusammenzukommen und hier ihre Berathungen zu halten pflegten. Sofort ließ er das Haus von einer starken Polizeimacht umstellen. Die Verschworenen ergaben sich aber nicht gutwillig. Wohl wissend, was ihrer harre, setzten sie sich mit den Waffen in der Hand zur Wehre. Es mußte reguläres Militär requirirt, das Versammlungsort lokal gestürmt werden; eine kleine Schlacht entspann sich, in welcher es auf beiden Seiten mehrere Schwerverwundete gab, und nur mit der größten Mühe gelang schließlich die Verhaftung. Wochentlang sprach man in Odesa von nichts Anderem als von dem Ereigniß. Die gerichtliche Untersuchung dauerte viele Monate. Erst vorige Woche begann die Schlussverhandlung vor dem Kriegsgerichte, und man kann sich leicht denken, daß damit auch das Interesse für die schon halb vergessene Angelegenheit im Publikum wieder hell aufloderte. Die Sitzungen dauerten drei Tage lang; ungefähr ein halbes Hundert von Zeugen wurde vernommen. Nur durch die Vermittelung dieser Zeugen erfuhr das Publikum, welches in den nicht abgesperrten Straßen zu vielen Tausenden unverdrossen des Ausganges harrete, einige spärliche Daten über den Fortgang des Prozesses. Sonst drang nicht das Geringste in die Öffentlichkeit. Aber die Menge harre und harre in unerträglichster Geduld. Endlich am Montag Abend — es mochte ungefähr 9 Uhr sein und die Dunkelheit war schon tief hereingebrochen — wurden die abgesperrten Straßen geöffnet, das Publikum bis in die unmittelbare Nähe des Gerichtsgebäudes vorgelassen und das im Saale eben gefällte Urtheil verkündet. Es lautet für den Hauptangeklagten Kowalsky auf die Strafe des Todes durch Erschießen; für den zunächst am schwersten gravirten Swititsch auf Festungsarbeit in der Dauer von acht Jahren; für Klenow, Studinsky und Witajshensky auf vierjährige Zwangsarbeit; für Aphanasjew und Witten auf Verlust aller Standesrechte und Deportation nach Sibirien; für den in die eigentliche Verschwörung nicht verwickelten Merchanow endlich auf Arrest im Gefängnisse auf die Dauer von drei Wochen. Welche Wirkung die Verkündigung dieses Urtheils unter der versammelten Menge hervorrief, läßt sich schwer beschreiben. Zuerst ging es wie ein dumpfes Grollen durch die nach Tausenden zählende Menge. Nach und nach wurden einzelne Rufe bestimmter hörbar — Rufe, welche alle die Strenge des Urtheils kritisirten und jaht nicht die schmeichelhaftesten Bemerkungen für die Richter, sowie für die Staatsgewalt als solche zum Ausdruck brachten. In einer Viertelstunde wogte und brauste es in den umliegenden Straßen, als sollte das Kreisgerichtsgebäude durch Geschrei zu Falle gebracht werden, wie weiland die Mauern von Jericho. Diejenigen unter den Zuschauern, welche bloße Reugierde hergetrieben hatte — und diese repräsentirten immerhin die große Majorität — schlichen sich nunmehr nach allen Richtungen davon, denn sie konnten sich's an den Fingern abzählen, was jetzt kommen werde; immer blieben noch Haufen von genügender Stärke angesammelt, um der Scene ein bedenkliches Colorit zu geben. Da rückte reguläres Militär auf den Platz. Eine Compagnie, ein Bataillon, zwei Bataillone. Die Aufforderungen der Bristows, man möge sich zerstreuen, blieben unbeachtet. Das Militär nahm jetzt eine Schwenkung vor, um die Menge abzudrängen. Aber während es hier den Raum säuberte, füllte er sich auf der anderen Seite wieder. Nun fielen auch Schüsse aus dem Publikum. Im Ganzen mögen wohl gegen fünfzig abgegeben worden sein. Vier Soldaten stürzten schwer verwundet, mehrere andere trugen leichtere Verletzungen davon. Das Militär erhielt nun Befehl mit dem Bajonnet auf die Menge loszugehen. Auf diese Weise gelang es nach einigen Anstrengungen zwar wirklich, die Umgebungen des Gerichtsgebäudes zu säubern und die Rufe, äußerlich wenigstens, wieder herzustellen, allein es gelang nur um den Preis neuer Verwundungen. Zwei Personen aus dem Volke blieben todt auf dem Platz liegen, Verwundungen von Privatpersonen dürfte es an die 30 abgegeben haben. Auch Verhaftungen wurden natürlich vorgenommen, und so hat denn der eine Prozeß gleich die Grundlage für den nächsten geliefert.“

Und da gibt es in Deutschland Personen — die sich oben-drein Patrioten nennen — welche durch unterrussische Gesetze uns unterrussische Zustände bereiten wollen!

— Unser Redakteur, Julius Künzler, wurde heute in erster Instanz wegen dreier Anklagen zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Appellation wird angemeldet.

— Mit Bezug auf die in letzter Nummer abgedruckte Erklärung Brade's in Sachen der Braunschweiger Candidatur Stausenbergs haben wir zu bemerken, daß Brade, als er dieselbe schrieb, nicht wußte, daß Herr v. Stausenberg in einer seiner Wählreden die Sozialdemokratie für die Lehmann-Röbling-Attentate verantwortlich gemacht und auf's Schmachvollste insultirt hat.

\*) Schade um das Abonnementsgeld, welches für die oft spaltenlangen, jeglicher Begehung baaren Falschleien über Lingenau's Herkunft ausgegeben wurde. Red. d. „V. d. W.“

\*\*) Nach Lingenau's eigenem Ausspruch war die ganze Menschheit seine Familie. Red. d. „V. d. W.“

ehe die harte Lehrmeisterin Nothwendigkeit es dahin gebracht hat, daß der einseitigen Reaktionspartei eine einheitliche und wirkliche Oppositionspartei gegenübertritt, welche alle Elemente in sich schließt, die bis zu bestimmten Marksteinen politischer Entwicklung zusammengehen können, die vor der Hand und auf lange Zeit hinaus genau dasselbe erstreben müssen. Bis zu diesem geeigneten Zeitpunkte mag der „wilde“ Abgeordnete Titius sein trübseliges Statistenthum so gut wie möglich verbergen und seinen staunenden Wählern emphatisch von dem vorerzählten können, was er parlamentarisch „geleistet“ habe, soll der „fraktionshörige“ Abgeordnete Sempronius sich gegen Vorwürfe vertheidigen müssen, die nicht ihn, sondern lediglich und allein die ihn dirigirenden Macher und Leiter treffen können.

— Ein reichstreuher Geld, oder Bodel's Bescheidenheit. Das „Leipziger Tageblatt“ vom 15. d. brachte folgende Correspondenz:

Gaimichen, 14. August. Morgen findet hier die Stichwahl statt, die darüber entscheiden soll, ob unser Wahlkreis der Sache des Reiches erhalten bleiben oder wiederum der Sozialdemokratie ausgeliefert werden soll. Die letztere macht diesmal verzweifelte Anstrengungen, um ihrem Candidaten, Kaiser, gegenüber dem seitherigen nationalliberalen Vertreter, Benzig, den Sieg zu erringen. Oestern hielten die Sozialisten hier eine stark besuchte Versammlung ab, in welcher der zu diesem Zwecke hier eingetroffene Hauptführer Liebknecht als Referent auftrat. Die Sozialisten füllten zu Hunderten den Saal; aber auch die Reichstreuen waren, etwa 70 Mann hoch, in der Versammlung erschienen. Schon durch diese Thatsache fühlte sich Liebknecht sichtlich gehemmt, und er gab sich in seiner verhältnißmäßig zahmen Rede alle mögliche Mühe, die Sozialdemokratie von dem Verdacht einer moralischen Mitschuld an den Attentaten, sowie revolutionären Bestrebungen überhaupt reinzuwaschen. Er wettete natürlich gegen Ausnahmegefe, gegen drohende Reaktion u. stellte sich aber im Uebrigen auf den Boden der Reform und — man höre und staune! — der Vaterlandsliebe. Nachdem er geschlossen, ergriff der anwesende Sekretär des Reichvereins,

An die Wähler im 18. schweizerischen Reichstagswahlkreis  
erläßt unser Genosse Rotteler folgende Ansprache, deren In-  
halt auch auf die Verhältnisse im 16. Wahlkreis zutreffend ist:  
Es ist der 30. Juli, trotzdem wir den feindlichen 11,723  
Stimmen mit den auf mich lautenden 10,135 Stimmen unter-  
liegen mußten, als einer der besten Ehrentage in die Geschichte  
unserer Partei und unseres 18. Wahlkreises eingezeichnet. „Die  
älteste Hochburg der Sozialdemokratie“ — rufen unsere Gegner  
jubilend in ihrer Presse aus — „ist genommen worden und,  
hoffen wir, für immer!“ Gerade in diesem Siegesruf aber liegt  
für die sozialistischen Wähler des 18. Wahlkreises die gegnerische  
Anerkennung ihrer bisher tapferen Verteidigung ausgesprochen.  
Und — wie rücksichtslos sonst auch der feindliche Anprall in  
früheren Wahlgängen gegen uns gekommen ist — die letzten  
gegnerischen Kampfmittel, mit denen wir uns diesmal zu  
messen hatten, stehen in Deutschland beispielsweise da in der  
Geschichte des allgemeinen, gleichen und direkten Wahl-  
rechts mit „geheimer“ Abstimmung. Die wirtschaftliche Ab-  
hängigkeit des werktätigen Volkes ist bei diesem Wahlkampf  
als der schrecklichste Liebelstand unseres politischen Lebens aller-  
wärts grell zu Tage getreten. In ihrem Besitze mußten die  
Einschüchterungen und Stimmpressungen verfangen, denen trotz  
aller gegen unsere Mannschaften sonst noch angewandten Mittel  
der List und Vergewaltigung die für unsere Partei stimmenden  
10,135 Wähler muthig und unbeirrt widerstanden haben. Ge-  
zählt und gewogen können wir deshalb mit Recht unsere Stim-  
men im 18. Wahlkreise nennen, zumal die Gegner darauf ge-  
gerechnet hatten, uns mit kaum der Hälfte von diesen Stimmen  
geschlagen zu sehen. Wir zählen zwar gegen die Resultate von  
1877 ca. 800 Stimmen weniger, aber wir wissen, daß die Mehr-  
zahl davon unserer Sache nicht fremd, unseren Fahnen nicht  
abtrünnig geworden ist. Die Sorge und Furcht um Brod und  
Leben, das Bangen um Frau und Kinder haben Hunderte un-  
serer Männer am Tage der Wahl in die Ketten des Schreckens  
gelegt, zur Wahlenthaltung gedrängt und mit dem Gedanken  
vertraut gemacht, daß wir trotzdem siegen würden. Mühen dies  
alle Wähler erwägen, die heute großmüthig und verbittert gegen  
vermeintliche Verräther und Ueberläufer ihre Vorwürfe richten.  
Nicht der Verrath ist es, der uns den Sieg entziffen hat, nein!  
Es ist dies die wirtschaftliche Nothlage der Ackerbauer-, Hand-  
werker- und Arbeiterklasse, denen die Daumenschrauben der Existenz-  
frage angelegt werden konnten. Diese Nothlage zu bewältigen,  
haben wir seit länger als einem Jahrzehnt den 18. Wahlkreis  
zu einem Bollwerk der Sozialdemokratie aufgerichtet und ihn  
niegreich und opferfreudig gegen die politische und wirtschaftliche  
Reaktion verteidigt. Daß sie mit einem Vorsprung von  
1600 Stimmen sich den Vortritt zur Gesetzgebung erzwingen  
hat, hebt indeß die Thatfache nicht auf, daß die Sozialdemo-  
kratie ihr noch heute so kampfbereit und ebenbürtig wie sonst im  
18. Wahlkreise gegenübersteht. Er ist und bleibt die „älteste  
Hochburg der Sozialdemokratie“, wie es unsere Beihäufend  
zum Wahltag unerschrocken bewiesen haben. Ihnen einige  
Worte des Dankes, der Anerkennung und Ermunterung in  
offener Volksversammlung zuzurufen, hat mir die Freiheit un-  
serer Gegner unmöglich gemacht. Es geschehe deshalb auf  
diesem Wege, Namens unserer großen und gerechten Sache, für  
die wir auch ferner in treuer Kampfgemeinschaft stehen wollen.  
Stehen Sie in der Presse ungebeugt, unbeirrt, und fest ent-  
schlossen, „über und unter der Erde“ nicht zu raffen und zu  
ermüden, bis mit dem Siege unserer Prinzipien des ganzen  
Volkes Rechte und Freiheiten verbrieft und versiegelt sind. Dazu  
Glückauf und Gruß!  
Leipzig, den 14. August 1878. J. Rotteler.

„Die Zukunft.“ Sozialistische Revue. Berlin SO., Ver-  
lag der Allg. Deutsch. Affoziations-Buchdruckerei. Heft 21 ent-  
hält: Strafbast, Strafverfahren und Strafvollzug im Lichte des  
Sozialismus. — Die schweizerische Reformtheologie und die  
soziale Frage. — Die Arbeitslöhne in Belgien. Von Louis  
Bertrand. (Schluß.) — Rezensionen: Das Recht zu leben und  
die Pflicht zu sterben. — Friedr. v. Hellwald, Die Umgestaltung  
des Orients als Kulturfrage. — Lorenz v. Stein, Die Volks-  
wirtschaftslehre. — V. Landsberg, Die gegenwärtige Lage der  
Industrie.

„Die Neue Gesellschaft“, Monatschrift für Sozial-  
wissenschaft. (Zürich, Verlag der „Neuen Gesellschaft.“) Preis  
vierteljährlich M. 3 = Fr. 3.75. Man abonniert bei allen Buch-  
handlungen und Postanstalten, sowie bei der Expedition der  
Zeitschrift. Das vor uns liegende erste Heft enthält: Ein Ein-  
wand gegen das Gesetz der Erhaltung der Kraft von F. W.  
Fabian. — Vorschlag zur Gründung von Arbeiteraffoziationen  
von Ferdinand Montana. — Zur Geschichte der ungarländischen  
Arbeiterbewegung von Sigmund Polizer. III. IV. (Schluß.) —  
Zur Geldwirtschaft von Dr. Karl Schalk. — Ueber den Zu-  
kunsstaat und die Frauenfrage. Von Maria Caritas. — Der  
Sozialismus und die Kunst. Eine Studie von Runo Branding.  
III. (Schluß.) — Das deutsche Volkslied von Edmund Ritter. —  
Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

## Correspondenzen.

Hamburg, 15. August. Die Nichtigkeitsbeschwerde der Staats-  
anwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntniß betreffend Aug.  
Weib wegen Betriebes der Londoner Tombola-Loose ist vom  
Obergericht verworfen und somit August Weib auch in dieser  
Anfang von der wider ihn erhobenen Anklage freigesprochen  
worden. So ist denn der 687,000 Mark-Prozess endgiltig von  
der Tages-Ordnung abgesetzt — nur die Kostenrechnung bleibt  
noch übrig, die der Staat zu bezahlen hat.

Aus der Schweiz, 15. August. Der leidige St. Bismard  
— Baron! — St. Gotthard wollte ich sagen, ist der Alp,  
welcher den guten Schweizern am schwersten auf der Seele liegt  
und seine Durchbohrung, welche in den Comtoirs von Bleichröder  
und der Berliner Diskontogesellschaft mit so großem Profit in  
Scene gesetzt wurde, macht an Ort und Stelle so langsame Fort-  
schritte, daß vor dem „hainen“ Loch, welches immer mehr  
Millionen der steuerzahlenden Unterthanen verschlingt, diesen  
nachgerade „gruselig“ wird. Es handelt sich bekanntlich jetzt  
darum, nachdem die am Gotthard beteiligten Kantone jede  
weitere Subvention dieses „Unternehmens“ abgelehnt haben, der  
Eidgenossenschaft 6 1/2 Mill. Franken abzudrücken, von deren Be-  
willigung Deutschland sowohl als Italien ihre weiteren Beiträge  
abhängig gemacht haben. Nach einer mehr als 14-tägigen Rede-  
Bataille hat endlich der Nationalrath, welcher im Allgemeinen  
der Subvention geneigt ist, den wichtigen Beschluß mit 85 gegen  
33 Stimmen gefaßt, daß die Beschlüsse der Bundesversammlung  
in dieser Angelegenheit der Volksabstimmung nicht zu entziehen  
sind. Die Gotthardfreunde planten nämlich die Umgehung des  
Referendum's aus sehr naheliegenden Gründen; zur Ehre der  
schweizerischen Volksvertretung sei gesagt, daß sich eben nur 33

Männer dafür gefunden haben, dem Volke sein verfassungs-  
mäßiges Recht zu beschneiden, oder auch, vielleicht besser, es ist  
eine Schande, daß sich überhaupt in der republikanischen Schweiz  
33 Volksvertreter fanden, welche ein solches Attentat auszuführen  
versuchten. Augenblicklich debattirt man nun über ein Com-  
promiß zwischen den Anhängern und Gegnern der Subvention,  
resp. des Gotthard-Unternehmens — und man wird ja wohl  
auch eins finden, obgleich es als zweifellos gelten kann, daß das  
souveräne Volk durch Ablehnung der Ehre, dem Gotthardsschwindel  
noch weitere Millionen zu opfern, die Schweiz dafür bewahren  
wird, den Handlanger der politischen Seelenverkäuferei und des  
hungrigen Gründerthums abgeben zu müssen. Die Phrasen von  
der „engagirten Ehre“ der Eidgenossenschaft und von der Ge-  
fährdung ihrer staatlichen Existenz durch den bevorstehenden  
„Kraach“ des St. Gotthard verfangen nicht bei dem Schweizer  
Volk — es ist genug ausgebeutet und will jetzt Ruhe haben,  
vor allen Dingen Sparsamkeit in seiner Verwaltung und gerechtere  
Verteilung und Ermäßigung der Steuern. Und was speziell  
die angebliche Existenz-Gefährdung anlangt, so ist man hier sehr  
unbeforgt; so lange die Eidgenossenschaft nach Außen ein fest-  
gegliederter und gesunder Bau ist, in welchem die Freiheit ein  
schäpender Obdach, der Kulturfortschritt einen warmen Herd findet,  
und in welchem der Volkswille über den der Diplomaten und  
Gründerbarone steht, ist sie unantastbar und unerschütterlich.  
Erfüllt sie indeß diese Bedingungen nicht mehr, so hat ihre  
Existenz eben überhaupt keinen Sinn und keine Millionen werden  
sie dem Schicksal der reaktionären Kibbelerei entreißen. —  
Neben der Gotthardfrage ist es natürlich hauptsächlich der Wahl-  
kampf in Deutschland, welcher das öffentliche Leben in höherem  
Maße bewegt; doch wird hier so viel Unklares über die deutschen  
Verhältnisse namentlich in einem großen Theile der Presse ver-  
zapft, daß das Publikum bei der Lektüre seiner Tagesblätter  
schwerlich viel klüger wird. Und das ist bedauerlich genug, läßt  
sich aber leicht erklären durch die inneren Kämpfe auf dem Ge-  
biete der Gesetzgebung und der Kirche, welche zu unpassenden  
Vergleichen und damit zu schiefen Urtheilen führen. Auch ist es  
ein hervorragender Zug des Schweizer, daß er der Meinung  
lebt, für ihn sei die größtmögliche Freiheit besonders geeignet,  
während andere Nationen sich sehr gut mit viel weniger behelfen  
können. In gewisser Beziehung kann man das gelten lassen,  
namentlich wenn dieser Ueberzeugung die Auffassung zu Grunde  
liegt, welche mir gegenüber ein Schweizer äußerte; er sagte:  
„Völker, welche reich sind für die republikanische Freiheit, werden  
die Republik haben; Ihr habt die Monarchie, ergo seid Ihr  
unreich!“ In dieser Ansicht mag der Schweizer allerdings durch  
die neuesten Vorgänge in Deutschland und namentlich durch die  
schändliche Haltung seines „liberalen“ Bürgerthums wohl noch  
bestärkt worden sein, obgleich auch hier in der Republik Mangel  
gesehen, das der kräftigsten Intoleranz auf ein Paar ähnlich  
steht. — Ein jähres Entsetzen hat sich unserer „radikalen“ Partei  
(es ist so eine Art Berliner Fortschrittspartei), welche das Ruder  
in der Hand hat, bemächtigt ob der Raufhaar Zusammenkunft  
zwischen Bismard und dem Herrn Majella. Die radikale Partei  
fährt bekanntlich hier den „Kulturkampf“ und ist nicht wenig  
stolz darauf, daß Fürst Bismard eigentlich nur ihr Nachfolger  
ist. Diesem Umstande hat auch Bismard es zu danken gehabt,  
daß er stets als Protektor und Genosse sich in der herrschenden  
Presse einer ziemlich kollegialischen Behandlung zu erfreuen hatte.  
Diese Liebe hat er jetzt verlohren und man kann es plöglich  
deutlich lesen, daß Bismard doch eigentlich kein großer Staats-  
mann sei. Man geht er doch nach Canossa! Und uns spult er  
in die Suppe! Edle Seelen.

Pforzheim, Mittwoch, den 7. August, hielten wir in der  
Brauerer Hof eine mäßig besuchte Versammlung ab mit der  
Tagesordnung: „Die Stichwahl“. Genosse Lehmann setzte in  
längerer Rede die Gründe auseinander, warum es unsere Pflicht  
sei, bei der Stichwahl uns der Stimme zu enthalten. In einer  
langen Debatte stellte es sich heraus, daß der berüchtigte Ab-  
geordnete Bichler einen unserer Genossen ersuchte, unsere Stimme  
zu Gunsten Köhlers abzugeben, welcher Wunsch aber rüchlich  
der Weisknecht's Affaire und der hiesigen allgemeinen Verhält-  
nisse verworfen wurde, jedoch der Antrag, uns der Wahl zu  
enthalten, angenommen. Bei der Wahl wurde selbstverständlich,  
trotz der öffentlichen Aufforderung Seitens der Conservativen,  
unser Beschluß hochgehalten; der conservative Kap wurde mit  
1600 Stimmen Mehrheit Sieger über Köhler. Dies Zahlen-  
verhältniß beweist am besten, warum Herr Bichler demüthig um  
unsere Stimmen warb; hätten wir unsere Stimmen dem Can-  
didaten der Pforzheimer Knüttelgarde zugewandt, er wäre sicher  
aus der Wahlurne als Sieger hervorgegangen. W. B.

Karlsruhe, Samstag, den 10. August, haben wir wieder  
eine stark besuchte Versammlung abgehalten mit der Tagesord-  
nung: „Die bevorstehende Stichwahl“. Genosse Dreesbach aus  
Mannheim unterzog das Gebahren der Gegner während der  
Wahlbewegung einer gerechten Kritik. Als nun Redner die  
Grundsätze der Liberalen beleuchtete, stimmten die anwesenden  
Conservativen lächelnd mit Bravo ein, sobald aber die conser-  
vative Partei an die Reihe kam, welche den Haselstock als  
höchstes Ideal und wahren Kulturbeförderer verehren, war das  
Bravo hier verstummt und auf der liberalen Seite aufgenommen,  
es war wirklich postlich anzusehen, wie beide Parteien gegen-  
seitig die Worte Dreesbach's durch ihre Bei- und Mißfalls-  
bezeugungen als Wahrheit gekennzeichnet und anerkannt haben.  
Nachdem allen wurde Wahlenthaltung empfohlen und in diesem  
Sinne eine Resolution zum Beschluß erhoben. Trotz mehrfacher  
Aufforderung des Vorsitzenden, die Gegner möchten ihre An-  
sichten geltend machen, zogen sie es vor, den letzten Satz des  
alten Sprichwortes: „Reden ist Silber, aber Schweigen ist Gold“  
zu beherzigen. Der Vorsitzende forderte nun zum Abonnement  
auf das „Wälzisch-Badische Volksblatt“ auf, worauf sich 25 neue  
Abonnenten einzeichneten. Nachdem bekannt gemacht, daß M. 62,00  
Eintrittsgeld eingenommen, wurde die Versammlung geschlossen.  
W. B.

Niederwürschnitz, 16. August. Schicksal der Arbeiter-  
großen. Untern 1. August kam ein Steinkohlenbergwerk,  
dem „Niederwürschnitzer-Kirchberger-Steinkohlen-Aktienderein“  
gebürg, zur Auflösung. Auf Beschluß der Gesellschaft wurde  
das Liquidationsverfahren beschloffen und mit dem Verkauf des  
Werkes, der Gebäude und des ganzen zum Werke gebührenden  
Areals vorgegangen. Die gelöste Summe ergab jedoch nicht so  
viel, daß sämtliche Hypotheken abgelöst werden konnten, und  
sollte nunmehr das Concursverfahren eingeleitet werden. Da  
jedoch der Erbs vorausichtlich kein höherer geworden wäre,  
so ersuchte man die Hypothekengläubiger, den aus dem Liq-  
uidationsverfahren entstandenen Verlust zu tragen. Zu diesen  
Gläubigern gehörte aber auch die Knappschaftskasse des ge-  
nannten Werkes und zwar dieselbe mit 15,000 Mark beteiligt.  
Es wurden nun auf den 22. April d. J. alle Unterstützung-  
berechtigten des Werkes eingeladen, in der Werksexpedition zu  
erscheinen, um ihre Zustimmung zu den Vorschlägen der Liq-  
uidationskommission zu geben. Der Vorsitzende machte die An-  
wesenden mit dem Stande der Sache bekannt und frug sie, ob

sie damit einverstanden wären, wenn von den 15,000 Mark  
6000 Mark gestrichen würden.

Ein Redner verlangte jedoch, daß die Vertreter der Knapp-  
schaftskasse zur Verantwortung gezogen würden, denn dieselben  
hätten kein Recht, Knappschaftsgelder ohne genügende Sicher-  
stellung zu verleißen. Ein anwesender Vertreter beantwortete  
dies dahin, daß er seiner Zeit auf die Werksexpedition gerufen  
wurde, und da habe man ihm ein Schriftstück zum Unterzeichnen  
vorgelegt, ihm aber bedeutet, davon nichts in die Öffentlichkeit  
zu bringen. Ein anderer Redner sprach sich dahin aus, daß,  
wenn die Knappschaftsvertreter die Gelder nicht bewilligten, so  
hätten dieselben ihre Arbeit eingestrichen. — Das ist nun bereits  
das zweite Fallissement eines Bergwerkes in unserer Gegend,  
wodurch die Arbeitergroßen zur Deckung der Schulden mit  
verwandt wurden. Wittwen, Waisen und Invaliden müssen sich  
ihre Unterhaltung schmälern lassen, wenn die Herren das Geld  
verpulvern. Es kann uns also Niemand verdenken, wenn wir  
mit aller Macht darauf hinarbeiten, eine Vereinigung der Knapp-  
schaftskassen und die volle Selbstverwaltung derselben durch die  
Bergarbeiter selbst herbeizuführen. Die Bergarbeiter haben  
schon so viele bittere Erfahrungen gemacht, daß sie alle Ursache  
haben, sich solchen Bestrebungen anzuschließen.

Barmen-Glücksfeld, 16. August. Das offizielle Wahleresultat  
in unserem Kreise ist folgendes: Abgegeben wurden Stimmzettel  
29,591; davon ungültig 269, bleiben 29,322. Es erhielt nun  
Haffelmann 15,220 und Prell 14,102 Stimmen.  
J. B. Meyer.

## Briefkasten

der Redaktion: O. R. — y in Chemnitz: Wir würden Ihnen  
rathen, ruhig den Weg einer Eingabe an das Reichsgesundheitsamt zu  
versuchen und Ihre Angaben mit dem nöthigen Material zu belegen.  
Den Erfolg müssen Sie natürlich abwarten. Wir werden Ihre Ein-  
sendung gelegentlich verwerthen.

der Expedition. A. Schrey Götrow: Ihre Postexpedition be-  
hauptet, die Blätter unbeschädigt an die Person, welche für Sie die-  
selben abholt, verabsolgt zu haben. Wollen Sie in künftigen Fällen  
das beschädigte Exemplar sofort der Post retour geben.

Quittung. Strel Juidan Ab. 114,78. Ebt Cassel Ab. 20,00.  
Stel Offenbach Ab. 23,56. Int Schweidnitz Ab. 5,00. B. Putz  
Panjowa Schrift. 13,27. Hittmann Donabrid Ann. 0,90. Frank West  
Ab. 26,29. Nir Darmstadt Schrift. 10,00. Rührer Altröhan Ab. 4,91.  
G. hier Ab. 3,20. Sbl Dortmund Ab. 17,40. F. Schre Langenan Ab.  
4,91. Erdg Würzburg Ab. 13,20. Sch Frankfurt Ab. 8,80. Wch hier  
Ab. 40,00. Sprnger Kachen Ab. 3,40. Umz hier Ab. 0,60. Brunnar  
Göppingen Ab. 25,00. Schw Ströburg Ab. 42,00. Int Hannover  
Schrift. 11,00. Brgr Seelen Ab. 4,90. Wilm Rogosen Schrift. 1,00.  
Rihann Halberstadt Schrift. 1,90. Brunnar Koppellaten Ab. 1,00.  
Went Elle Bisten 4,00. Hb Göttingen Schrift. 0,50. Brns  
Saarbrücken Schrift. 0,70. Wlm Wiesbaden Schrift. 0,50. Knz Ddsh  
Schrift. 1,50. Hl Rühlroff Schrift. 1,50. Wlra Freiberg Schrift. 3,75.  
Al Wiesbaden Schrift. 1,75. Schmidt Wera Schrift. 3,00. Hmann  
Darmstadt Schrift. 0,95. Schlr Waldenburg Ann. 0,50. Is St. Ger-  
man Schrift. 1,00. Egr Hamburg Schrift. 3,85. Ems Wittweba  
Schrift. 3,45. Kurt Jägerndorf Schrift. 21,07.

## Wahlfonds.

Krb.-Ver. Thonberg d. B. 10,00. S. S. hier 1,95. Unbekannt 0,25.

Gegner des Impfwangs, dieses Eingriffs in unsere Freiheit und  
Menschenrechte, ersuche ich um gütige Mittheilung ihrer Adresse. [120  
J. Blohm,  
Wiesbaden, Hofstraße 6.

Leipzig. Unterstützungverein und Krankenkasse der Metall-  
arbeiter für Leipzig und Umgegend. [40  
Jeden Sonnabend 1/2 Uhr Versammlung und Aufnahme  
neuer Mitglieder, Thiemische Brauerei, Tauscherstraße Nr. 12, Hof 1.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur  
Nachricht, daß Wochen-  
und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen, „Vorwärts“,  
„Neue Welt“, „Rundschau“, „Die Zukunft“, „Berliner freie  
Presse“, „Volksfreund“, „Neue Gesellschaft“, „Hamburg-Al-  
tonaer Volksblatt“ u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden.  
Feiner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Druck-  
sachen aller Art, z. B. Adresskarten, Visitenkarten, Rech-  
nungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen  
werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.  
W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 34, 2. Etg.

NB. Den geehrten Abonnenten obgenannter Blätter zur Nachricht,  
daß Sonntag, den 25. ds. Mts. das Abonnementgeld erhoben wird.  
Diejenigen, die noch für das 1. und 2. Quartal 1878 mit Abonne-  
ments-Zahlung im Rückstande, können vor Berichtigung derselben kein  
Blatt mehr erhalten. [1,60

## Lithographische Wahlkarten,

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878,  
sind gegen Einsendung von M. 1,10 incl. Porto durch uns zu be-  
ziehen.

## Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch und kann bezogen werden: — 20  
O. Kleinig, Der Nationalitätsdünkel — 30  
— Die Entwicklung des Menschengesistes — 30  
— Der Egoismus als Weltprinzip — 30  
— Aristoteles ein Grundpfeiler d. modernen Religions-  
formen — 25  
— Leben und Lehre eines Ketzers — 10  
J. Rosl, Zum Genossenschaftswesen — 10  
Die Buchhandlung des „Vorwärts“.

## Wichtig für jeden Geschäftsmann und Gewerbesgehilfen!

Bel Sturm u. Koppe in Leipzig erschien und ist durch die Expe-  
dition des „Vorwärts“ zu beziehen:

Rathgeber für Gewerbetreibende. Inh.: 1) Deutsche  
Sprachlehre, zum  
Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht fest  
sind. 2) Briefsteller, welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbe-  
treibenden und außerdem alle nur denkbaren Beträge, Dokumente, Ge-  
schäftsansätze, Klagschriften etc. enthält, die bei dem Gewerbestande vor-  
kommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftlichen Ar-  
beiten nach diesen Mustern anzufertigen. 3) Buchhaltung. 4) Fremd-  
wörterbuch. 5) Samml. v. Gelegenheitsgedichten. 6) Die für  
Gewerbetreibende wünschenswerthe Reichsgesetze. 7) Notizen über  
Gold-, Silber- u. Papiergeld, mit Vertheilung des Geldes aller  
Staaten. 8) Das neue Waag- u. Gewichtssystem v. Deutschland  
und allen Staaten der Erde. 9) Brief-, Pafet- u. Depeschen-  
Portotarif. 10) Statist. Uebersicht aller Länder der Erde.  
11) Ortsbeschreibung der vorzähl. Städte von Deutschland, Oester-  
reich, der Schweiz etc. 12) Reisevertonen durch Deutschland, Oesterreich,  
die Schweiz etc. 13) Der Schnellrechner beim Ein- u. Verkauf.  
14) Das Reichsfragegesetzbuch. 3 verb. Aufl. Pr. broch. 4 M., geb.  
4 1/2 M. [600

Verantwortlicher Redacteur: Franz Gäßler in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.